



29. September 2008, 11:19 Uhr

WIRTSCHAFTSWEISER BOFINGER

"Wir stehen vor einer Epochenwende"

Die Finanzkrise hat den Mythos Wall Street zerstört - jetzt rüttelt sie an den Grundfesten der Gesellschaft, sagt der Wirtschaftsweiser Peter Bofinger. Im SPIEGEL-ONLINE-Interview spricht er über den Tod des Turbokapitalismus, die Versäumnisse der Politik und die Wiederkehr des starken Staats.

SPIEGEL ONLINE: Herr Bofinger, ist der Turbokapitalismus im Herbst 2008 gestorben?

Bofinger: Ja. Er starb in den beiden vergangenen Wochen. Mit einem großen Knall. An den Finanzmärkten beginnt jetzt das Zeitalter der Neubesinnung. Wir stehen vor einer Epochenwende.

SPIEGEL ONLINE: Was hat den Knall ausgelöst?

Bofinger: Es sind viele Faktoren zusammengekommen, den Todesstoß gaben die Zusammenbrüche von Fannie Mae und Freddy Mac, von AIG und dann die **Pleite der US-Investmentbank Lehman**. Bis zu deren Bankrotterklärung herrschte an der Wall Street die Hoffnung, dass zumindest die Bankeinlagen sicher sind. Kaum jemand hat damit gerechnet, dass die US-Regierung eine der größten Investmentbanken des Landes pleite gehen lässt.

SPIEGEL ONLINE: Die Lehman-Pleite hat den Mythos Wall Street zerstört. Finanzjongleure gelten seit ihr nicht länger als unverwundbar. War es trotzdem ein Fehler, Lehman nicht zu retten?

Bofinger: Es war eindeutig falsch. Dadurch hat das wechselseitige Misstrauen der Banken noch weiter zugenommen. Deshalb kommt die US-Regierung jetzt nicht daran vorbei, ein Multimilliarden-Paket zur Rettung des Finanzsystems aufzulegen.

SPIEGEL ONLINE: Wie konnte es dazu kommen, dass das Finanzsystem so außer Kontrolle geraten ist, dass jetzt immer wieder von der Gefahr der Kernschmelze die Rede ist?

Bofinger: Der Siegeszug des angelsächsischen Kapitalismus war in gewisser Hinsicht eine Gegenströmung zum Kalten Krieg. Durch den Zusammenbruch der Planwirtschaften in Osteuropa entstanden neue dynamische Märkte, die Wohlstand für viele Menschen brachten. Freie Märkte und ungehinderte Spekulation wurden dadurch auch mit Freiheit assoziiert. Es entstand der Glaube, man müsse den Märkten letztlich nur alle Zügel nehmen, um die Probleme der Menschheit zu lösen.

SPIEGEL ONLINE: Der Staat galt als böse, die freien Märkte als gut?

Bofinger: Zumindest geriet der Staat in der öffentlichen Diskussion immer mehr in die Defensive, und die Macht der Märkte wuchs. Hedgefonds, Schattenbanken wie die Zweckgesellschaften der IKB und unregulierte Investmenthäuser wie Lehman heizten das Finanzsystem mit immer waghalsigeren Spekulationen an. Es entwickelte sich weltweit ein immer undurchschaubareres Netz aus gegenseitigen Schulden und

Abhängigkeiten. Aus freien Märkten wurden wilde Märkte. Der postsozialistische Segen wurde zum turbokapitalistischen Fluch.

SPIEGEL ONLINE: Welche Fehler hat der Staat gemacht?

Bofinger: Der Staat hat zugelassen, dass die Aufsicht über die Banken de facto privatisiert wurde. Bis Juli 2007 war die vorherrschende Denke: Wenn Rating-Agenturen eine Anleihe als sicher bewerten, ist sie es auch. Welche Risiken wirklich in den Bilanzen der Finanzhäuser steckten, hat der Staat kaum geprüft.

SPIEGEL ONLINE: Nicht nur die Politik hat die Märkte verwildern lassen. Auch die Bürger haben ihren Teil beigetragen. Immer mehr Menschen gingen dazu über, sich das eigene Leben auf Pump zu finanzieren.

Bofinger: Der Turbokapitalismus hat in den angelsächsischen Ländern einen Lebensstil geprägt, nach dem Schuldenmachen schick ist und Sparen spießig. Da die Banken die Schulden ihrer Kunden am Finanzmarkt weiterverkaufen konnten, bekam in den Vereinigten Staaten und in Großbritannien plötzlich nahezu jeder Kredit. Viele Institute haben noch nicht mal mehr das Einkommen eines Kunden anhand von Dokumenten geprüft, ehe sie ihm einen Kredit bewilligten.

SPIEGEL ONLINE: Ist das, was wir jetzt auf den Finanzmärkten sehen, auch auf den Gütermärkten denkbar?

Bofinger: Die Gefahr, dass der Markt sich selbst zerstört, ist auch dort nicht auszuschließen. Die Globalisierung der Gütermärkte hat die soziale Ungleichheit erhöht. Die Masse der Arbeitnehmer konnte nicht mehr am wachsenden volkswirtschaftlichen Wohlstand teilhaben. Der Staat ist vor allem gefordert durch Mindestlöhne und mehr Bildungsinvestitionen die Auswirkungen der Globalisierung richtig zu kanalisieren. Andernfalls werden früher oder später Parteien an die Macht kommen, die sagen: Schluss damit! Wir machen die Grenzen dicht.

SPIEGEL ONLINE: Sie meinen, der Turbokapitalismus habe extreme politische Ideen gefördert?

Bofinger: Das ist bisher noch nicht zu erkennen, aber man braucht nicht viel Phantasie um sich vorzustellen, dass es populistische Politiker geben wird, die die wachsende Unzufriedenheit mit der Marktwirtschaft ausnutzen und für protektionistische Maßnahmen plädieren werden. Für eine exportorientierte Volkswirtschaft wie Deutschland wäre das fatal.

SPIEGEL ONLINE: Was muss der Staat jetzt tun, um die Finanzmärkte zu zügeln?

Bofinger: Drei Maßnahmen könnten einiges bewegen: der Aufbau eines globalen Kreditregisters, die Schaffung einer staatlichen Rating-Agentur und ein Minimum an Standardisierung für verbriefte Kredite.

SPIEGEL ONLINE: Durch das US-Rettungspaket und das Verbot von Leerverkäufen an den Börsen verschiebt sich das Machtverhältnis zwischen Politik und Wirtschaft grundlegend. Erleben wir im Westen die Rückkehr des starken Staats?

Bofinger: Es wird jetzt für jedermann deutlich, dass es falsch war, den Staat als Gegner des Marktes zu sehen. Auf Dauer funktionsfähige Märkte erfordern einen stabilen staatlichen Rahmen.

SPIEGEL ONLINE: Durch das derzeitige Finanzbeben dürfte sich das Verhältnis vieler Bürger zum Staat verändern. Die Politik übernimmt die Rolle des Retters in der Not. In den letzten Jahren dominierten eher Menschen wie Paul Kirchhof die Debatte. Der Verfassungsrichter bezeichnete den Staat als Hydra und forderte: Gebt den Bürgern ihr Geld zurück!

Bofinger: In der Tat hat die Politik jetzt die Chance, eine Image-Kampagne für den Staat zu betreiben. Zu viele Politiker haben zu lange wie Herr Kirchhof argumentiert. Sie fordern dauernd Steuersenkungen. Dadurch entsteht der Eindruck, dass der Staat das Geld der Bürger gar nicht braucht. Die Botschaft des Staates müsste aber ganz im Gegenteil lauten: Wir brauchen euer Geld, und wir gehen verantwortungsvoll damit um. Wer für den Markt ist, muss auch für einen leistungsfähigen Staat sein, der über ausreichende finanzielle Mittel verfügt.

Das Interview führte Stefan Schultz.

URL:

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,580333,00.html>

ZUM THEMA AUF SPIEGEL ONLINE:

Rückkehr der Finanzkrise: Bankenturbulenzen bedrohen Steinbrücks Haushalt
(15.09.2008)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,578367,00.html>

Großbritannien: Hypothekbank Bradford & Bingley wird verstaatlicht
(29.09.2008)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,581036,00.html>

Nervöse Märkte: Asiens Börsen drehen trotz US-Rettungspakets ins Minus
(29.09.2008)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,581022,00.html>

Finanzmarktkrise: Hälfte des US-Rettungspakets wird erst später ausgezahlt
(28.09.2008)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,581003,00.html>

Bankenrettung: Kongress schafft Durchbruch im Milliarden-Poker
(28.09.2008)

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/0,1518,580920,00.html>

© SPIEGEL ONLINE 2008

Alle Rechte vorbehalten

Vervielfältigung nur mit Genehmigung der SPIEGELnet GmbH